

Aufbruch und Illusion

Ostdeutsche Transformationserfahrungen in der sich wandelnden westlichen Welt

Als die BRD nach Sachsen kam, oder als die DDR-Bürger der BRD beitraten, lag nicht nur der Zusammenbruch der DDR und des gesamten staatssozialistischen Blocks hinter den Ostdeutschen. Auch die westliche Welt, zu der viele von ihnen schon lange eine hohe Affinität gehabt hatten und der sie mit dem 3. Oktober 1990 nun auch institutionell angehörten, steuerte auf einen Umbruch zu. Und als die Ostdeutschen sich nach einer guten Dekade in der neuen Welt hinlänglich etabliert hatten, hatte sich auch der Gegenstand ihrer langjährigen Sehnsucht – oder zumindest Beobachtung – tiefgreifend geändert. Wer heute die Stimmung in Sachsen kommentieren will, muss also etwas Abstand von jenem mittelgroßem Bundesland mit dem übergroßen Selbstbewusstsein nehmen, sowohl zeitlich als auch territorial.

Kommunikatives Gedächtnis und der »Augenblick der Demokratie«

Es gilt noch einmal zurückzublicken auf das Goldene Zeitalter des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Technologisch basierte es auf einer Produktionsweise, die den Zusammenhang zwischen standardisierter Massenproduktion und standardisiertem Massenkonsum schuf (Fordismus). Politisch wurde jene angeblich goldene Zeit durch die Entscheidung für eine keynesianische Wirtschaftspolitik ermöglicht. Diese ist durch staatliche und langfristig angelegte Investitions- und Beschäftigungspolitik gekennzeichnet. In Nordamerika war sie einst das Mittel gewesen, um die Wirtschaftskrise an der Schwelle zu den 1930er Jahren zu bewältigen. In Westeuropa war nach der kontinentalen Herrschaft von faschistischen und autoritären Regimen, dem Terror der nationalsozialistischen Besatzung und den Kriegszerstörungen die Lage noch dramatischer als Anfang der 1930er in den USA. Für breite Kreise der Gesellschaft waren sozialistische Ideen attraktiv geworden, zudem begann sich in Osteuropa eine Systemalternative zu etablieren. Somit hatten sich die Protagonisten des Kapitalismus ernsthaft um eine Erneuerung ihrer »gesellschaftlichen Lizenz«¹, wie es der Soziologe Wolfgang Streeck formuliert, zu bemühen. Dies ließ sich nur durch erhebliche Modifikationen im Vergleich zum Vorkriegszustand bewerkstelligen. Diese bestanden im Zusammenspiel von staatlicher Konjunkturpolitik und Wirtschaftsplanung, welche Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialen Ausgleich sicherten. »Nur unter diesen

Bedingungen, also im Dienst und unter dem Primat politisch definierter sozialer Zwecke, ließ sich eine wiederbelebte Profitwirtschaft nach dem Ende der Kriegswirtschaft in eine stabilisierte, gegen faschistische Rückschritte und stalinistische Versuchen gefeite liberale Demokratie einbauen und war die Wiedereinsetzung von Eigentums- und Direktionsrechten politisch durchsetzbar.«² Vermittelt und überwacht wurde diese Friedensformel des Nachkriegskapitalismus durch einen »marktdisziplinierenden, planenden und umverteilenden Interventionstaat, der bei Strafe des Verlustes seiner Legitimität die Geschäftsgrundlage des neuen Kapitalismus abzusichern hatte.«³

Die unter dem Druck der historischen Nachkriegskonstellation »arrangierte Zwangs-
heirat [...] zwischen Kapitalismus und Demokratie«⁴ bezeichnet der britische Politik-
wissenschaftler und Soziologe Colin Crouch als den »Augenblick der Demokratie«.⁵
Für die Lohnabhängigen war nicht nur eine beachtliche Wohlstandssteigerung mög-
lich, sondern auch demokratische Teilhabe. Das System der repräsentativen Demokra-
tie und die damals noch bestehende programmatische Differenz zwischen den konser-
vativen und den sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien bot gewisse
Wahlentscheidungen für diesen oder jenen Entwicklungspfad innerhalb des kapitalis-
tischen Gesamtsystems. Mit dem krisenhaften Umbruch zu den 1970er Jahren
begann der Umschwung zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, zur bis heute anhal-
tende Erosion des Sozialstaates sowie zur Polarisierung des gesellschaftlichen Reich-
tums. Zudem verloren sich immer mehr Momente, die zur Demokratie gehören, ohne
dass das Gesamtsystem aufhörte, eine Demokratie zu sein. Es gab zwar Wahlen, aber
die Wahlbeteiligung ging seit den 1960er Jahren (in Deutschland seit den 1970er
Jahren) stetig zurück.⁶ Man konnte und kann verschiedene Parteien wählen, aber ihre
Programme, ihre politische Kommunikation und ihre Entscheidungen variieren heute
kaum noch. Das Volk ist zwar noch der Souverän, aber die von ihm gewählten Regie-
rungen können oder wollen in der Auseinandersetzung mit global agierenden Wirt-
schaftsakteuren immer weniger Gewicht in die Waagschale werfen. Das sind nur
einige Punkte, die Crouch als Zeichen der »Postdemokratie« beschreibt.

Heute spüren die Facharbeiter, Angestellten, die Angehörigen des öffentlichen
Dienstes und die kleinen Selbständigen sowie die Mittelschicht in Westeuropa und
Nordamerika, dass ihre Welt in Schiefelage gerät. Sie verlieren jene Hochwohlgeboren-
heit, die ihre Eltern und Großeltern im Vergleich zur übrigen Welt noch wie selbstver-
ständlich genießen konnten. Damals sicherte die ungerechte Weltwirtschaftsordnung
des 20. Jahrhunderts den meisten Bewohnern der damals sogenannten »Ersten Welt«
– die staatssozialistischen Gesellschaften rechnete man nicht dazu – ein Niveau von
Kapitalbildung, Konsum und Ressourcenverbrauch, das anderswo auf der Welt nicht
möglich war. Heute ist es die Mittelklasse in China, Indien, Vietnam und Brasilien,
die reicher wird und wächst, während sie in Spanien, Großbritannien und Frankreich
schrumpft. Zudem verschärft sich in den OECD-Ländern »seit rund zwanzig Jahren die
Ungleichheit zwischen den oberen zehn und den unteren vierzig Prozent.«⁷ Ungefähr
ein Drittel der Beschäftigten steckt in sogenannten dead-end-jobs mit »schlechtem
Einkommen und fehlenden Aufstiegschancen«.

Obwohl das Goldene Zeitalter für die allermeisten Menschen des Westens also schon seit langem vergangen ist, spielt es in der heutigen Postdemokratie dennoch eine Rolle. Es ist für das kommunikative Gedächtnis der westlichen Gesellschaften, also in den lebendigen Erinnerungen oder den Erinnerungen der heute Lebenden, maßstabbildend. Die Regierungen und der Staat werden immer noch als Vertreter des Allgemeininteresses wahrgenommen, man erwartet, dass sie wirtschaftliche Probleme lösen, Arbeitsplätze schützen und durch Investitionen in Bildung und Infrastruktur die Basis des gesellschaftlichen Reichtums sichern. Tatsächlich können beziehungsweise wollen die politischen und wirtschaftlichen Eliten im Zeitalter der »Fassademokratie«⁸ diesen Ansprüchen nicht mehr nachkommen. Das Diktum von Angela Merkel aus dem Jahr 2011, dass die Demokratie »trotzdem auch marktkonform« sein müsse,⁹ illustriert die neuen Verhältnisse im Kräftedreieck von Kapital, Lohnabhängigen und dem Staat.

Es überrascht nicht, dass unter diesen Bedingungen in den westlichen Ländern viele Menschen – und hierzu gehören auch die Sachsen, welche Pegida-Versammlungen besuchen und die AfD bei der letzten Bundestagswahl zur stärksten Partei im Landesmaßstab gemacht haben – die Lösungsangebote der Rechtspopulisten attraktiv finden. Die Kapitulation und faktische Selbstauflösung der europäischen Sozialdemokratie scheint zu verdeutlichen, dass von den traditionellen Parteien nichts mehr zu erwarten ist. Dennoch hat der kleine Mann nur den Staat und das Gesetz, dessen Schutz der Reiche nicht bedarf. So gehen Verbitterung, Demokratieverachtung, Hass auf die Eliten und schließlich der Ruf nach dem starken Mann – oder in Frankreich der starken Frau – sowie nach raschen und radikalen Lösungen in eins. Die nationalistische Ausrichtung der Populisten rekurriert auf die vergangenen Steuerungskompetenzen im nationalstaatlichen Rahmen. Mit seiner rassistischen und xenophoben Ausrichtung versucht dieser Populismus die Grenzen zwischen den versorgungsberechtigten Einheimischen und den nicht versorgungsberechtigten »Fremden« zu verschieben und die eigene Gruppe zu privilegieren.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹⁰, ihre Ideologie und die daraus erwachsenden Handlungen können nicht toleriert werden. Den Parteigängern der Rechtspopulismus schreibt man gerne zu, dass sie aufgrund kognitiver Defizite und überbordender Affekte die Verfahrensweisen und Ergebnisse der Demokratie nicht akzeptieren könnten. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Menschen nicht als Populisten geboren werden. Es müssen also auch die Umstände beschrieben werden, die die einen in populistische Regression verfallen und die anderen als gebildete und weltläufige Beobachter auf die Populisten herabsehen lassen.

Die Ostdeutschen

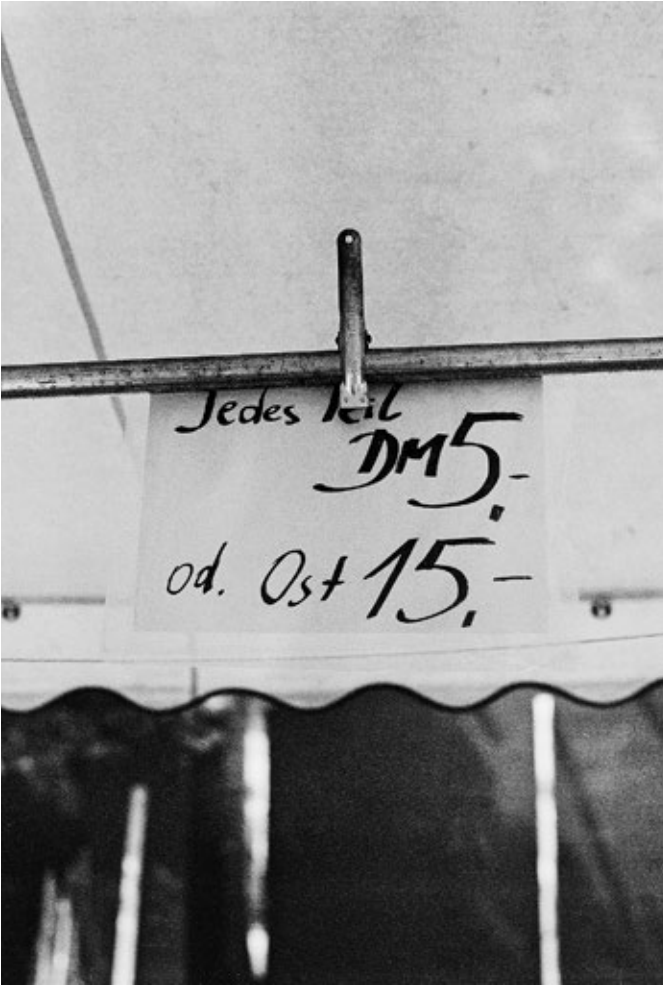
Als die Ostdeutschen noch zur *zweiten Welt* gehörten, konnten sie den Vergleich mit der *ersten Welt* im Westfernsehen ziehen. Einige von ihnen machten am Balaton oder am Sonnenstrand in Varna die Erfahrung, dass schon der westdeutsche Arbeitslose oder Student dort besser gestellt war, als der DDR-Normalbürger. Bei den Volkskam-



Graffiti aus Dresdens Neustadt, 1990

merwahlen am 18. März 1990 wählte die Mehrheit der Ostdeutschen das Parteienbündnis, welches für den sofortigen Beitritt zur BRD stand und ergriffen so die Chance für ein Leben in der globalen *ersten Welt*.

Zur Ostspezifik des allgemeinen westlichen wie auch bundesdeutschen Rechtspopulismus gehören drei Punkte: In der Umbruchkrise der 1990er Jahre haben die im aktiven Berufsleben stehenden ostdeutschen Generationen nicht zu überschätzende Anstrengungen und Anpassungsleistungen erbracht. Der soziale und ökonomische Ertrag dieser Bemühungen wirkte jedoch mager. Die ostdeutsche Volkswirtschaft brach infolge der verfrühten Währungsunion zusammen und wurde zu einer verlängerten Werkbank des Westens. Die Produktivität, die organisierten Arbeitnehmerrechte wie auch die Einkommen blieben im Osten niedriger als im Westen. Verschärft wurde diese Situation schließlich noch durch die Hartz-Gesetze. Denn dass diese Presion der Arbeitslosen¹¹ und Disziplinierung der Lohnabhängigen von einer SPD-geführten Regierung ermöglicht wurde, und so überhaupt keine Hoffnung auf Veränderung mehr bestand, untergrub die Identifikation vieler Menschen mit dem demokratischen



Dresdner Schaufenster,
Juni 1990

System. Einst hatten die Ostdeutschen die DDR abgewählt und die soziale Marktwirtschaft der BRD erwählt, sie haben danach die Transformation des Ostens geschultert, sie versuchten es mit der CDU und mit der SPD. Nun scheint für einen großen Teil von ihnen klar, dass von »denen da« nichts mehr zu erwarten ist.

Dennoch wird im deutschen Offizialdiskurs die sogenannte Wiedervereinigung als Erlösungs- und Erfolgsgeschichte erzählt.¹² Dieser Befund trifft aber nur auf den Bereich der – freilich fundamentalen – neuen politischen Rechte und Freiheiten zu,

die die Ostdeutschen mit dem Beitritt gewannen und auf den – hier schon abgestuften – Zutritt zum internationalen Arbeits- und Konsumentenmarkt. Die Kollektiverfahrung von Verlusten, Entwertungen und vergeblichen Anstrengungen sind an dieser Stelle jedoch kaum präsent. Hier verspüren viele Ostdeutsche schon sehr lange ein Anerkennungsdefizit. Symbolisch, also in ihrer Eigenschaft als Gruppe mit anderen kulturellen Mustern und gesellschaftsbezogenen Werten, sind die Ostdeutschen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft desintegriert, also nicht angekommen und angenommen. Fragt man die Ostdeutschen, ob für sie persönlich der Beitritt zur Bundesrepublik ein Gewinn gewesen sei, bejahen das 42 Prozent (2010) und 47 Prozent (2014). Als Verlierer sehen sich 24 Prozent (2010) und 18 Prozent (2014). In ein Gefühl der Identifikation und Integration konnte sich diese relativ positive Bilanz jedoch nicht verwandeln. Als »richtiger Bundesbürger« fühlen sich nur 24 Prozent (2010) beziehungsweise 33 Prozent (2014) der Ostdeutschen, die Mehrheit von ihnen – 59 Prozent (2010) und 53 Prozent (2014) – gibt »weder ... noch« an. Weder wollen sie die DDR »wiederhaben« noch fühlen sie sich in der BRD heimisch.¹³ Identifikatorisch leben sie also im Niemandsland.

Zudem werden die Ostdeutschen überwiegend von westdeutschen Eliten regiert. Dieser Trend hat sich nach dem Beitritt der DDR nicht abgeschwächt, sondern verstärkt,¹⁴ was zu einer »Subalternisierung«¹⁵ der Ostdeutschen führte. So bleibt das vereinigte Deutschland in gewisser Beziehung doch noch gespalten: Es ist gespalten in westdeutsche Behördenchefs und ostdeutsche Angestellte, in westdeutsche Vermieter und ostdeutsche Mieter, in westdeutsche Generäle und Obristen und ostdeutsche Unteroffiziere und Soldaten, in westdeutsche Richter und Staatsanwälte und ostdeutsche Kläger oder Angeklagte, in westdeutsche Minister und Staatssekretäre und ostdeutsche Regierte. Und schließlich: In westdeutsche Chefredakteure und Intendanten und ostdeutsche Medienrezipienten, die sich seit dem Beitritt in recht einseitiger Weise dargestellt sehen.¹⁶ Unausweichlicherweise setzen sich die Kämpfe um Abgrenzung und Verteidigung von Identitäten auch nach dem Sieg des Westens fort, nicht nur bei den Ostdeutschen, sondern, ob sie es wollen beziehungsweise bemerken oder nicht, auch bei den westdeutschen Medienvertretern. Das zeigt sich bis in die – sich natürlich auch in westdeutschem Besitz befindliche – ostdeutsche Lokalpresse hinein. Eine Analyse von knapp 1000 Texten aus den Jahren 1990 bis 2000 zeigt: Die spezifisch ostdeutschen Wertvorstellungen werden in den Kommentaren und Leitartikeln zwar gespiegelt, jedoch immer distanziert; die Zeitungen schlossen sich der ostdeutschen Sichtweise nie an. Darüber hinaus wurden die besonderen wirtschaftspolitischen Orientierungen der Ostbevölkerung überhaupt nicht reflektiert.¹⁷ Das ist so, als würden Regionalzeitungen Altbayerns, Schwabens oder des Eichsfelds das katholische Brauchtum und den katholischen Glauben negativ reflektieren. Der Wutschrei von der »Lügenpresse« bekommt hier eine ganz andere Dimension. Der allgemeine Vertrauensverlust der Medien¹⁸ wird somit noch durch eine spezifische ostdeutsche Problemlage verschärft, was die Kommunikation in populistischen Filterblasen stärkt und die Demokratie weiter schwächt.



»Wende«-Kanzler Kohl im Wahlkampf, Oktober 1990

»Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen«

Die Sachsen lassen sich nun schon seit 27 Jahren durchgängig von der CDU regieren. Zunächst hatte die Partei die absolute Mehrheit, sei 2004 führte sie wechselnde Koalitionen. Erklärtes Ziel von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf war die Errichtung eines konservativen Musterlandes nach dem Vorbild Bayerns. Zahlreiche Posten in Politik, Verwaltung, Kultur und Wissenschaft wurden mit konservativen, oft aus Bayern importierten Akteuren besetzt. Das Identifikationsangebot, das der mit absoluter Mehrheit regierende »König Kurt« seinem Land gab, war die ganz besondere Eigenheit Sachsens: barocker Glanz und die Kunsttradition der Residenzstadt Dresden, Ingenieurskunst und Erfindergeist, sächsischer Patriotismus und Heimatliebe.¹⁹ Die Broschüre mit der Rede des Ministerpräsidenten zum Haushalt 1999/2000 vor dem sächsischen Landtag überschrieb die Staatskanzlei folgerichtig mit »Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen«. Dieser sächsische Exzeptionalismus hat sich bis heute in der Landespolitik erhalten und ist eine der Quellen für die »Überhöhung des Eigenen, Sächsischen, Ostdeutschen, Deutschen«²⁰ für Ängste und Aggressionen gegenüber Menschen und Verhältnissen, die als das Andere und Fremde definiert werden. Die Vereinnahmung sächsischer Identität durch die CDU führt dazu, dass heute vielen Sachsen eine nationalkonservative Gesinnung als normal erscheint, und ermöglicht es konservativen Akteuren, Linke und Liberale »als unsächsisch zu denunzieren«.²¹ Sächsischsein ist zum Politikersatz geworden.

»Integrieren Sie doch erst mal uns!«

Die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, ist eine Ausnahmepolitikerin. Sie hatte den Mut, sich den Berichten über nicht mehr zu reparierende Lebensverläufe zu stellen, keine Versprechungen zu machen und diese Bestandsaufnahmen mit der Autorität ihres Ministerinnenamtes in die Öffentlichkeit zu tragen. Das begann, als sie mit wütenden Pegida-Demonstranten ins Gespräch trat – dort stammt der zitierte Ausspruch her –, und das setzte sich damit fort, dass sie durch Sachsen tourte. Sie fuhr zu alten Eisenbahnern, Fabrikarbeiterinnen und Bergleuten, an jene Orte einstigen Arbeitslebens und -stolzes, die in den frühen 1990er Jahren filetiert, ausgeweidet und abgerissen wurden – geschleift, wie die Festungen eines geschlagenen Gegners. Sie hörte immer wieder Berichte vom jähen Ende eines Arbeiterinnen- und Arbeiterlebens, dem oft nur noch ein jahrzehntelanges, wie es den Betroffenen erscheinen musste, »Herumgemurkse« auf dem zweiten Arbeitsmarkt folgte; und sie erfuhr von der Verweigerung von Berufs- und Zusatzrenten. Die Ministerin traf auf Verbitterung, Wut und Tränen. Die Medienbeiträge tragen Überschriften, die vom »Ende der Sprachlosigkeit« künden und von »den Wunden des Umbruchs«. Hier geht es nicht mehr um Pegida im eigentlichen Sinne und um die AfD auch nur so weit, dass die traditionellen Parteien es versäumt haben, eine Alternative zu dieser Lage zur Wahl zu stellen.

Vielen Ostdeutschen der älteren Generation scheint die heutige Situation jener in der niedergehenden DDR zu gleichen: Zwar hatte man schon all die Jahre gewusst, dass es nicht gerecht zugeht und man nicht die Wahrheit erfährt, aber nun stimmt der Gesamtertrag des Arrangements nicht mehr. Es reicht nicht mehr. Es reicht.

Anmerkungen

- 1 Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin 2016, S. 93.
- 2 Streeck, *Gekaufte Zeit* (Anm. 1), S. 93.
- 3 Streeck, *Gekaufte Zeit* (Anm. 1), S. 94.
- 4 Streeck, *Gekaufte Zeit* (Anm. 1), S. 69.
- 5 Colin Crouch: *Postdemokratie*. Frankfurt/M. 2008, S. 14.
- 6 Streeck, *Gekaufte Zeit* (Anm. 1), S. 131.
- 7 Heinz Bude: *Der Augenblick der Populisten*. In: *Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Analysen im Überblick*. Bielefeld 2016, S. 347–353, hier S. 352.
- 8 Peter Bofinger, Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin: *Einspruch gegen die Fassadendemokratie*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. 8. 2010 online.
- 9 Die Bundesregierung, *Mitschrift Pressekonferenz*, Donnerstag, 1. September 2011 (www.bundesregierung.de/Content/Archiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html sowie www.youtube.com/watch?v=rRoVwpG7DQ) [Zugriff bei beiden Quellen: 5. 1. 2018].
- 10 Vgl.: Wilhelm Heitmeyer: *Deutsche Zustände. Folge 1–10*, Frankfurt/M. bzw. Berlin 2002–2011; Andreas Zick u. a.: *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn 2016; sowie: *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn 2014.
- 11 Einem in den Hartz-IV-Bezug geratenen alleinstehenden Erwachsenen stehen 2018 – selbst nach über einem halben Arbeitsleben – für »Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke« pro Tag 4,77 € zu.
- 12 Thomas Ahbe: *Ostalgie. Zu ostdeutschen Erfahrungen und Reaktionen nach dem Umbruch*. Erfurt 2016.
- 13 Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg: *Sozialreport 2010*. Berlin 2010, S. 22–28; dieselben: *Sozialreport 2014*. Berlin 2014, S. 19, 36.
- 14 Ahbe, *Ostalgie*. (Anm. 12), S. 96.
- 15 Raj Kollmorgen: *Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung*. In: *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden 2011, S. 301–359.
- 16 Thomas Ahbe, Rainer Gries, Wolfgang Schmale (Hrsg.): *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*. Leipzig 2009; Kollmorgen, *Diskurse der deutschen Einheit* (Anm. 15).
- 17 Ulli Schönbach: *Das Werteklima in den neuen Bundesländern. Werte und Einstellungsmuster in den Kommentaren ostdeutscher Tageszeitungen 1991–2000*. In: Michael Haller, Lutz Mücke (Hrsg.): *Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR*. Band 7. Köln 2010, S. 40–59, hier S. 55.
- 18 Lutz M. Hagen: *Die Medien und PEGIDA – eine dreifach prägende Beziehung*. In: *Pegida* (Anm. 7) S. 207–222; hier S. 214.
- 19 Vgl. Michael Bittner: *Dresden zeigt, wie's geht? Ein Versuch über PEGIDA und die »sächsischen Verhältnisse«*, In: *Pegida* (Anm. 7), S. 339–346; hier S. 343. Siehe auch Hans Vorländer: *PEGIDA – Provinzposse oder Vorbote eines neudeutschen Rechtspopulismus?* In: *Pegida* (Anm. 7), S. 99–111; hier S. 105f.
- 20 Danny Michelsen u. a.: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren*. Göttingen 2017, S. 192.
- 21 Bittner, *Dresden zeigt, wie's geht?* (Anm. 19), S. 343.